

Politiker der KPÖ: Wo bleibt das Geld für die Menschen in Not?

Die KPÖ unterstützt seit Jahren Menschen in Notlagen und gibt Gehälter ab, um finanzielle Hilfe in Salzburg zu leisten.

Salzburg, Österreich - Die KPÖ setzt ein starkes Zeichen in der Unterstützung von Menschen in Notlagen. In diesem Jahr haben die Politiker der KPÖ landesweit beeindruckende 438.018 Euro ihrer Gehälter gespendet, wobei besonders die Steiermark mit 308.448,97 Euro und Salzburg mit 118.069,86 Euro hervorstechen. Diese Praxis, nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn von 2.500 Euro zu behalten und den Rest abzugeben, wird seit über 25 Jahren von der KPÖ verfolgt. Als der Bundessprecher Tobias Schweiger erklärte: „Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik“, wird klar, dass die KPÖ sich als Stimme für die arbeitenden Menschen sieht und sich gegen hohe Politikergehälter positioniert, wie auch bereits von **heute.at** berichtet.

Hilfe in der Not: 900 Sprechstunden und politische Lösungen

Ein zentraler Aspekt der KPÖ-Arbeit sind die Sprechstunden, bei denen Bürger:innen ihre Sorgen und Nöte direkt an die Mandatäre herantragen können. Mit über 900 Sprechstunden in diesem Jahr hat die Partei nicht nur finanzielle Hilfe angeboten, sondern auch wichtige Einblicke in die Lebensrealität der Menschen erhalten. Die häufigsten Anliegen drehen sich um die hohen Wohnkosten, die Themen Strom und Heizen betreffen viele Haushalte zunehmend. „Jede:r kann in eine Notlage geraten. Wir hören immer wieder von den finanziellen

Belastungen, die mit Lebenshaltungskosten verbunden sind“, erklärt Kay-Michael Dankl, der Vizebürgermeister von Salzburg und Landessprecher von KPÖ PLUS. Auch **kpoeplus-sbg.at** verweist auf diese Unterstützung, die über direkte finanzielle Hilfen hinaus auch politische Impulse für Lösungen in der Wohnungs- und Teuerungskrise geben soll.

Die bereitgestellten Gelder von 118.069 Euro in Haft haben zahlreichen Salzburger:innen in Notlagen geholfen. Trotz der hohen Anzahl an unterstützten Personen bleibt der Wunsch nach langfristigen politischen Lösungen bestehen. Beispielsweise fordert Natalie Hangöbl, Klubobfrau im Landtag, eine landesweite Kautionsfondlösung sowie eine Verbesserung der Wohnbeihilfe. Für 2024 bleibt der Fokus der KPÖ klar: Helfen und gleichzeitig auf die Notwendigkeit von politischen Veränderungen hinweisen, um den Druck auf die Mittelschicht zu mindern. „Helfen statt kassieren“, so lautet das Motto, das die KPÖ in der öffentlichen Wahrnehmung festigen möchte.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Salzburg, Österreich
Quellen	• www.heute.at • www.kpoeplus-sbg.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at